



Letzte Woche: Die GfL Aussenstelle Paris auf der Abschlussdemonstration des ESF

Wir sind unter euch

Über Legalisierung und Widerstand. Von der Gesellschaft für Legalisierung

Am 27. November tritt die Gesellschaft für Legalisierung erstmals öffentlich in Hamburg auf. Verschiedene Gruppen und Netzwerke, die sich seit Wochen und Monaten treffen, setzen sich gemeinsam in Bewegung. In alltäglichen und unscheinbaren Orten werden Geschichten erzählt und Ereignisse erinnert, die das gegenwärtige Migrationsregime hervorbringt. Geschichten über Arbeitsbedingungen, Gesundheitsversorgung, Wohnverhältnisse, die alltägliche Entrechtung und den Kampf um soziale und politische Rechte. Dem kriminalisierten Thema wird offensiv aus der Perspektive entgegnet, dass wir längst gemeinsam hier leben und Legalisierung täglich stattfindet.

Die Gesellschaft für Legalisierung versteht sich als Bündnis. Sie will die Arbeitsteilung überwinden, die vom Ausländergesetz vorgegeben wird und die Kämpfe von Flüchtlingen, AsylbewerberInnen, MigrantInnen mit oder ohne Papiere, antirassistischen Gruppen und so genannten Betreuungsdiensten in Kirchen und sozialen Einrichtungen voneinander trennt. Diese Überwindung lässt sich jedoch nicht voluntaristisch deklarieren, sondern muss praktisch in Angriff genommen werden. Die Legalisierungstour ist ein Teil dieser Strategie. Die Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit – Recherchen, Diskussionen, Interviews – werden multipliziert und zugänglich gemacht.

Vor einem Monat in Berlin: In einer akrobatischen Stadtrundfahrt mit Reisebus, Plastiktosen und Hochzeitsporsche setzen sich VertreterInnen von Respect, kanak at-

tak, der medizinischen Flüchtlingshilfe, von Zapo (Zentrale Anlaufstelle für PendlerInnen aus Osteuropa), Mujeres sin Rostro, von einem Frauen-Lesben-Bündnis, der Flüchtlingsinitiative Brandenburg, Elixira und Mujeres de este tierra in Bewegung. Sie organisierten die erste Station der Legalisierungstour.

Die Gruppen wählten verschiedene Bezugspunkte in der Stadt: den Bundeskongress von Verdi, die Ausländerbehörde, ein Krankenhaus, Kreuzberg, die Friedrichstraße, den Checkpoint Charly. Die Stadt wurde unter dem Aspekt der Illegalisierung und des Kampfes um Rechte kartografiert. Gleichzeitig wurden die Orte als Bühnen für unterschiedliche Aktionen benutzt, die an jenem Tag stattfanden. Vor der Charité verteilte die Gesellschaft übertragbare Versicherungskarten der »Transkontinental-kasse (TK)«. Sie sind zwar nur aus Pappe, sollten aber all jene, die echte Karten haben, auf gute Ideen bringen. Bei einem Hochzeitskors durch die Friedrichstraße wurde für einen Moment eine Legalisierungsstrategie im Stadtbild sichtbar, die gerade deshalb erfolgreich ist, weil sie meist heimlich, still und leise über die Bühne geht.

Bei einem Besuch des Bundeskongresses von Verdi erkämpften sich GesellschafterInnen Zutritt zum großen Plenum und hielten eine Rede. Die Gewerkschaft sollte endlich die Kämpfe aller Arbeiterinnen und Arbeiter gegen Ausbeutung, Missbrauch und Illegalisierung unterstützen, egal ob sie im Haushalt, im Bordell oder in der Fabrik arbeiten, egal ob sie Papiere haben oder

nicht. Obwohl die Gewerkschaften die letzten Jahre und Jahrzehnte eine gegenteilige Politik verfolgten, applaudierten Tausende von Delegierten. Der Verdi-Vorsitzende Frank Bsirske konnte sich danach im Interview eine Legalisierung aller hier lebenden Migrantinnen und Migranten durchaus vorstellen. (Siehe auch Seite 2)

Der Tag in Berlin hat gezeigt, dass die Kriminalisierung und Entrechtung von MigrantInnen nicht ohne weiteres legitimierbar und durchsetzbar ist, wenn sie offensichtlich angegriffen wird. Dass Leute um ihren Lohn, um Gesundheitsversorgung, um Bildung, kurz: um ihre sozialen und politischen Rechte kämpfen, leuchtet ein. Alltagskämpfe können aus verschiedenen Perspektiven aufeinander bezogen werden. Die Bedingungen, unter denen sie ausgeführt werden, sind angreifbar. Insofern findet Legalisierung täglich statt.

Aus der Geschichte der Migration in Alesanya wissen wir, Zugangsstopp hin oder her, die Zahl der hier lebenden Migrantinnen und Migranten hat sich seit den siebziger Jahren mehr als verdoppelt. Wenn wir heute ein Recht auf Legalisierung fordern, stellen wir uns in eine Tradition der Kämpfe. In den Siebzigern nahmen sich MigrantInnen das Recht auf Familiennachzug und blieben trotz Zugangsstopp und Rückkehrförderung hier. In den Achtzigern wurde massenhaft das Recht auf Asyl in Anspruch genommen. Damals begannen auch die Kämpfe ums Bleiberecht.

Die unübersichtlichen Aufenthaltstitel, die es heute gibt, können als Ergebnis dieser Auseinandersetzungen verstanden wer-

den, als Versuch staatlicherseits, dem Begehren zu bleiben und dem Kampf für ein Recht auf Flucht zu begegnen. Das Inländerprimat und der so genannte Asylkompromiss stellen aus dieser Perspektive historische Niederlagen dar. Heute werden Forderungen nach kollektiven Rechten wie in der Debatte um doppelte Staatsbürgerschaft verwehrt und als individuelle Integrationsanforderungen an den Einzelnen zurückgegeben. Doch die KanakInnen verweigern sich diesen Anforderungen und wollen unter diesen Umständen lieber nicht eingebürgert werden (Siehe auch Seite 4).

Mittlerweile leben und arbeiten in diesem Land acht Millionen Leute ohne deutschen Pass, zehn Prozent der Bevölkerung, die nicht wählen dürfen und die mehr oder weniger unter Vorbehalt stehen. Entrechtung findet im Alltag statt, hierarchisiert und differenziert.

Wenn wir von acht Millionen Leuten sprechen, sprechen wir also nicht von einer einheitlichen Größe. Doch auch wenn es »nur« das Ausländergesetz ist, das eine ecuadorianische Hausarbeiterin ohne Papiere mit der Green-Card-Softwarespezialistin verbindet, dann kann auch nur ein Kampf gegen dieses Gesetz den Widerstand neu ausrichten. Wenn wir für ein Recht auf Legalisierung kämpfen, fordern wir mehr als die Regularisierung von Arbeitsverhältnissen. (Siehe auch Seite 3) Es geht darum, die Bedingungen des Widerstands zu verbessern, unter denen wir hier leben und arbeiten.

Mittlerweile leben und arbeiten in diesem Land acht Millionen Leute ohne deutschen Pass, zehn Prozent der Bevölkerung.



Represented by Verdi

Gewerkschaften und die KollegInnen ohne Papiere. Von Respect Berlin

»Die Frage nach der Staatsbürgerschaft spielt für einen Beitritt zu Verdi keine Rolle.«
Frank Bsirske, Vorsitzender von Verdi

Freitagmorgen, 24. Oktober. 2003, auf dem ersten Bundeskongress der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi, im Foyer des Internationalen Congress Centers (ICC) Berlin wird mit der stellvertretenden Bundesvorsitzenden, verantwortlich für den Bereich Migration, verhandelt: Margret Mönig-Raane, im roten Kostüm. Ihr gegenüber stehen wir, die KollegInnen der »Verdi-Gesellschaft für Legalisierung«, in weißen Streikwesten.

An die Tausend Delegierte strömen an diesem Morgen an uns und unseren »sacs tati« vorbei ins ICC. Aus diesen internationalen aus dem Kofferhandel bekannten Taschen, sind Stimmen zu hören, die soziale und politische Rechte einfordern. Mit den Taschen und dem, was sie sagen, beanspruchen die Personen ohne Papiere den Raum, den sie an diesem Tag wegen drohender Kriminalisierungen nicht direkt einnehmen wollten.

Unsere Streikwesten mit Verdi-Logo und Schriftzug »Gesellschaft für Legalisierung« zeigen Erfolg. Schnell gelten wir als KollegInnen. Unsere Flyer »Empfehlungen für den Bundeskongress« stoßen bei den Delegierten auf reges Interesse. Gegenüber dem aufgeregten Sicherheitsdienst setzen sich einige für uns ein: »«Sach doch die Kollegen hier demonstrieren.«

KollegInnen vom Verdi-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen besuchen uns Rede-recht vor den Delegierten zu verschaffen, aber Mönig-Raane will Bedingungen stellen: Keine Person ohne Papiere soll vor den Delegierten sprechen. »Es darf keine illegale Kollegin oder Kollege reden, weil das eine Provokation für die Legislative und auch für viele Delegierte hier wäre. Wir wollen nicht, dass die Polizei einen Anlass

hätte, bei uns einzugreifen.«

»Die Frage nach der Staatsbürgerschaft spielt für einen Beitritt zu Verdi keine Rolle«, erklärt uns später der Bundesvorsitzende Frank Bsirske im Interview. Aber wozu braucht es eine Mitgliedschaft, wenn man nicht reden darf und diese Gewerkschaft nicht bereit ist, ihre Macht zu nutzen und KollegInnen ohne Aufenthaltsstatus eine politische Plattform zu bieten und so Schutz vor Kriminalisierung zu leisten?

Bei Verletzungen fundamentaler Arbeitsrechte wie zum Beispiel Lohnraub wenden sich ArbeitnehmerInnen ohne Papiere bisher nicht an Gewerkschaften, um rechtliche Beratung, finanzielle Unterstützung und Vertretung vor Arbeitsgerichten zu erhalten. Arbeitsrechte gelten jedoch für alle ArbeitnehmerInnen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Dazu gehört vor allem das Recht, gerichtlich gegen Lohnraub vorzugehen.

Damit alltäglicher und organisierter Widerstand gegen diese Arbeitsbedingungen und undokumentierter ArbeiterInnen nicht länger jenseits und unbemerkt von gewerkschaftlicher Unterstützung stattfindet, ist eine grundlegende Veränderung im Verständnis der Kategorie Arbeit notwendig. Feministische Sichtweisen kritisieren schon lange, dass Beschäftigungsverhältnisse jenseits dessen, was gesellschaftlich als Normalarbeitsverhältnis gilt, politisch und ökonomisch übersehen werden.

Arbeitsverhältnisse im Dienstleistungsber-eich der bezahlten und unbezahlten Hausarbeit, der Pflege- oder Sexarbeit – bezahlt arbeiten hier meist Frauen ohne deutschen Pass – kommen in der gewerkschaftlichen Interessensvertretung nicht vor:

Weil die Arbeit im so genannten Privaten stattfindet, meistens vereinzelt statt im Betrieb, geringfügig, irregulär, etc. Nur wenn Gewerkschaften ihre Fixierung auf die so genannten »Schlüsselindustrien«, betriebliche Organisation und Streik als Mittel der Interessendurchsetzung aufgeben, lassen sich Arbeitsverhältnisse in diesen gesellschaftlich keineswegs marginalen Wirtschaftssektoren organisieren.

Ansätze, die es für Dienstleistungen im Privathaushalt weiterzuentwickeln gälte, liegen für den Baubereich bereits vor. »Unterstützen statt Kontrollieren«, das Konzept der Zentralen Anlaufstelle für PendlerInnen aus Osteuropa (Zapo) und des Polnischen Sozialrats, fordert von der IG Bau, papierlose ArbeitnehmerInnen bei der Durchsetzung von Arbeitsrechten, wie dem Recht auf Auszahlung von Lohnansprüchen, zu unterstützen, statt sich an Razzien und Kriminalisierung zu beteiligen.

Für den Arbeitsplatz Haushalt sind nicht so sehr Razzien und Kontrollen das Problem, sondern die Frage, wie ArbeitnehmerInnen in weitgehend abgeschotteten bürgerlichen Privaträumen geschützt werden können. Sexuelle Übergriffe seitens der ArbeitgeberInnen, Lohnraub oder nicht existenzsichernde Löhne sind hier Bedingungen, die im öffentlichen Diskurs oft mit dem Begriff des Menschenhandels statt dem der Ausbeutung gefasst werden. Dar-aus ergeben sich Aufgaben, die sich an Nichtregierungsorganisationen und Beratungsstellen delegieren lassen, anstatt dass sich Gewerkschaften diesen Fragen stellen müssen.

Unsere Aktion interveniert bei Verdi, um neben einer politischen Auseinandersetzung

mit der gesellschaftlichen Verfasstheit unterbezahlter haushalts- und personenbezogener Dienstleistungen konkrete Ansätze einzufordern, die an den Interessen der ArbeitnehmerInnen ohne Papiere ansetzen.

Im Foyer des ICC ist eine Entscheidung gefallen. Ein paar Minuten später gehen drinnen im Saal die Arme hoch. Der Redeleiter hatte um eine Abstimmung gebeten, ob die KollegInnen von der »Verdi-Gesellschaft für Legalisierung« ein Rederecht erhalten. Unsere VertreterInnen stellen sich aufs Podium und fordern, dass Verdi endlich Menschen ohne Papiere organisieren soll. Sie rufen die Delegierten auf, sich deren Interessen zum eigenen Anliegen zu machen. Es sei Zeit, dass die Gewerkschaft auf bezirklicher Ebene konkrete Rechtsberatung anbiete und Arbeitskämpfe vor Gericht unterstütze.

»Wir sind ArbeiterInnen und deswegen haben wir das Recht auf Rechte. Wir wollen nicht mehr auf der Arbeit sexuell missbraucht werden, wir wollen einen höheren Lohn und endlich in Würde arbeiten wie ihr alle auch!« Das kommt an und erhält jede Menge Beifall, entgegen den Befürchtungen der Kollegin Mönig-Raane.

Bsirske wird mit seiner Stellvertreterin, die sich, statt den Interessen der papierlosen KollegInnen ein Redeforum zu gewährleisten, spontan die Sicht der Polizei zu eigen machte, noch einiges zu diskutieren haben. Eine Aufgabe hat Bsirske sich nämlich bereits selbst gestellt: Konzepte zu entwickeln, wie papierlose KollegInnen, die Mitglied von Verdi werden, auch konkret geschützt und unterstützt werden können.



Die Gesellschaft für Legalisierung unterwegs in Berlin am 24. Oktober dieses Jahres / und zwischenn dem 13. und 16 in Paris (gegenüberliegende Seite)

Bereitschaft zur Legalisierung

Kanak TV im Gespräch mit Frank Bsirske, Vorsitzender des Bundesvorstands von verdi, im Flur des ICC

Ist es für Arbeitskräfte, die weder einen gemeldeten Wohnsitz in Deutschland noch eine Arbeitslaubnis haben, möglich, Mitglied bei Verdi zu werden?

Bis jetzt ist niemand gehindert, einzutreten und sich gewerkschaftlich zu organisieren. Entscheidend ist jedoch, was für Möglichkeiten können daraus abgeleitet werden? Welchen Schutz bekommt man von seiner eigenen Gewerkschaft? Dies sind Fragen, mit denen wir uns auseinandersetzen

müssen. Ich finde es jedenfalls gut, dass hier heute ein Impuls gegeben worden ist, der deutlich gemacht hat, dass KollegInnen und Kollegen an diesem Thema dran sind. Ich denke, wir werden den Dialog mit ihnen suchen.

Bis jetzt habe ich mich mit dem Thema nur mit Blick auf die französische Entwicklung beschäftigt, wo dieses Problem eine längere Tradition hat – mit entsprechend stärkerem Engagement der Gewerkschaften. Ich denke, dass wir uns diese französi-

schen Erfahrungen genauer angucken sollten. Auch mit denen, die in unserer eigenen Organisation an diesem Thema arbeiten, sollten wir in die Diskussion eintreten, um dann miteinander darüber nachzudenken, was wir tun können.

Sagen Sie als Verdi-Vorsitzender damit: »Eine Legalisierung von Menschen, die prekäre oder gar keine Aufenthaltspapiere haben und hier in Deutschland leben und arbeiten, ist sinnvoll?«

Ich kann mir das vorstellen. Ich will aber auch deutlich sagen, dass es bis jetzt keine entwickelte Diskussion dazu gibt. Es besteht für eine Antwort noch keine Basis. Die sollten wir uns schaffen. Und die Bereitschaft dazu gibt es.

Interview: kanak tv



Der Besuch einer alten Forderung

Existierende Widerstandspraktiken aufgreifen! Von Eftimia Panagiotidis, kanak attack

»Wir disziplinierten unsere Kinder nicht mehr richtig. Schulbehörden klagten über die Schwierigkeiten mit den freien schwarzen Kindern. Weil wir sagten, »Ihr schuldet uns was, gebt das sofort her!« konnten unsere Kinder sagen: »Das gehört uns längst, und wir nehmen es uns einfach!«. Zu unseren Männern sagten wir: »Pass auf! Wenn du mich prügeln willst, hau lieber ab, ich brauch Dein Geld nicht mehr! Und wenn Du bleiben willst, dann bring was nach Hause. Von mir wirst Du nicht durchgebracht.« (...) Wir verweigerten also hauptsächlich zwei Dinge: unsere Kinder zu disziplinieren, wie der Staat es will, und unter der Fuchtel der Männer zu stehen.«

(Margaret Prescod-Roberts 1978)

Trägerische Einheit

Die Kampagne »Lohn für Hausarbeit« weitete sich in den siebziger Jahren vor allem in England, den USA, Kanada, Italien, der Schweiz und der BRD aus. Sie bot die Möglichkeit, über eine Analyse und Definition der Funktion von Hausarbeit die ökonomische Basis von Sexismus zu analysieren. Frauenunterdrückung sollte nicht mehr als »besondere« Unterdrückung der Frau zum »Nebenwiderspruch« reduziert werden. Der Perspektivwechsel der Aktivistinnen bestand darin, mit Blick auf die gesellschaftlich notwendige Arbeit von Frauen die bestehende Vorstellung von (Lohn-) Arbeit zu kritisieren.

Der Kampf um »Lohn für Hausarbeit« trug zur Öffnung feministischer Diskurslinien insofern bei, als er für die verschiedenen, teils unsichtbaren Formen von Hausarbeit und weitere damit verbundene Themen sensibilisierte. Die Umsetzung der Forderung nach Bezahlung der Hausarbeit scheiterte jedoch im Laufe der achtziger Jahre. Viele feministische Gruppen und Frauen lehnten die Kampagne ab, da sie ihre verschiedenen Lebensverhältnisse und Wünsche darin nicht aufzufangen sahen.

Streckenweise hatte die Kampagne aber eine internationale Mobilisierung mit vielfältigen Aktionsformen möglich gemacht. Für die gegenwärtige politische Praxis bietet der Rückblick auf die damalige Lohnforderung eine Gelegenheit, die Frage nach

politischen Strategien neu zu stellen, die sich auch innerhalb der vor über drei Jahren von kanak attack begonnenen Politik für ein »Recht auf Legalisierung« finden.

Die Forderung nach garantiertem Lohn bei gleichzeitiger Verweigerung der Arbeit erfasste seinerzeit alle Bereiche der Frauenbewegung und des Frauenkampfes und bildete für ihre Vertreterinnen die »grundlegende Kampflinie im Kapitalismus«. Die Lohnforderung sollte all jene ansprechen, die aus den üblichen Repräsentationsschemata der Arbeiterbewegung und deren Vorstellungen von einer Dominanz der Lohnarbeit heraus fielen. Sie machte ebenso wie die anderen zu jener Zeit stattfindenden und aus der antiautoritären Protestbewegung entstandenen Kämpfe deutlich, dass sich eine Opposition an einer Vielzahl von Subjekten gesellschaftlicher Veränderung zu orientieren habe.

Zugleich könne – so sahen es die Aktivistinnen – die Organisation der Frauen nur dann auf gesellschaftlicher Ebene erfolgen, wenn sie sich in ihrer Gemeinsamkeit als Hausfrauen zusammenschließen. Vor allem, wenn sie vermeiden wollen, als einzige Alternative die Vergesellschaftung durch die Arbeit in der Fabrik zu akzeptieren.

Für eine materielle Ausgangsbasis zu kämpfen, um Möglichkeitsbedingungen zu schaffen, die das Leben aller verändern kann, ohne auf die Einsicht einzelner über ihr »falsches Bewusstsein« zu setzen, kann auch innerhalb aktueller politischer Zusammenhänge nicht oft genug in Erinnerung gerufen werden. Die Vertreterinnen der Lohnkampagne betonten, dass eine Strategie, die bloß ein Befreiungsbewusstsein über die »weibliche Rolle« herbeiführen will, in der Ersetzung der herkömmlichen durch eine andere Ideologie stecken bleibt.

Es gehe vielmehr um die Durchsetzung einer materiellen Alternative, die Frauen ermöglicht, selber zu entscheiden, zu leben, zu denken und zu kaufen, was und wie sie wollen. Materielle Voraussetzungen zu schaffen, die das Leben aller Frauen verändern, heiße, den Frauen überhaupt eine Wahl zu bieten, so dass sie in eine Position kommen, die es ihnen erlaubt, etwas abzulehnen, das schlimmer ist als das, was sie bereits haben.

Die Forderung nach Lohn für Hausarbeit möge – wie Gisela Bock aus der Berliner Gruppe »Frauen für Lohn für Hausarbeit« 1978 meinte – utopisch klingen, allerdings nur, solange unklar bleibe, dass sie an schon längst stattfindende Kämpfe von Frauen ansetze: Frauen »waren und sind nicht nur Opfer und (Sexual-) Objekte, sondern immer auch agierende und kämpfende Subjekte«. Der politische Einsatz der Lohnforderung besteht gerade darin, die existierenden Widerstandspraktiken aufzugreifen zu können und einen zentralen Angriffspunkt gegen die kapitalistische Vergesellschaftung zu entwickeln, der ihre patriarchale Struktur angreifen und die Bedingungen des Kampfes für die Frauen hätte verbessern können.

Gemeinsamkeiten des Heterogenen

Der heutigen Prekarität von »bezahlter« Hausarbeit in ihrer Differenziertheit kann offensichtlich nicht mit der Forderung nach einem Lohn für Hausarbeit begegnet werden. Nun sind wir mit einer »Vergesellschaftung« von Hausarbeit konfrontiert, die für wenig bis gar kein Geld von Migrantinnen mit oder ohne Papiere erledigt wird.

Einer der wichtigen Momente in der Forderung nach »Lohn für Hausarbeit« bestand gerade darin, einen Verbindungspunkt zwischen den Frauen zu finden, um die Machtverhältnisse zwischen ihnen zu brechen. Dieses Wissen geht in die Legalisierungskampagne ein, indem die Herausforderung, die verschiedenen Kämpfe gegen den Vollzug der Entrechtung zu verbinden und zu bündeln, angenommen wird. Die verschiedenen Aneignungsformen, mit denen sich Migrantinnen täglich ihre Rechte nehmen, bilden den zentralen Ausgangspunkt der gemeinsamen politischen Auseinandersetzung.

Innerhalb von Netzwerken organisieren (Über-) Lebensproduzentinnen mit oder ohne deutschen Pass durch ihre unterschiedlichen Freiräume den Alltag, entziehen sich Kontrollmaßnahmen wie Überwachungen oder Razzien und überschreiten territoriale wie auch innerstaatliche Grenzen. Die verschiedenen Gruppen und Aktivistinnen in der Gesellschaft für Legalisierung stärken in der Heterogenität ihrer po-

litischen Praxis durch gemeinsame Aktionen ihre Mobilisierungsfähigkeit und versuchen, aus ihren Perspektiven an vorderster Stelle das politische Feld zu öffnen für »Kämpfe in der Migration« (Manuela Bojadziew). Im Kampf für ein Recht auf Legalisierung ist die Anerkennung des Rechts auf Mobilität durchzusetzen und die Forderung nach kollektiven Rechten für Migrantinnen zu stellen.

Die jüngste Krise des Antirassismus geht mit den defensiven politischen Formen von Selbstverteidigung gegen repressive Maßnahmen und Vermeidung des alltäglichen Elends einher, die den gegenwärtigen transformierten Rassismus immun lassen. Bei der Überwindung der in dieser Krise eingeschriebenen antirassistischen Arbeitsteilung geht es darum, immer wieder aufs Neue eine gemeinsame Stärke in der Heterogenität und der Veränderbarkeit existierender Lebensverhältnisse zu erfahren. Wie bei der Lohnkampagne soll auch hier von einer erkämpften Position der Stärke aus in konjunkturell vorhandene Kräfteverhältnisse eingegriffen werden.

Angesichts der heterogenen Zusammensetzung der gegenwärtigen globalisierungskritischen sozialen Bewegung geht es bei der Forderung des Rechtes auf Legalisierung nicht um Vereinheitlichungsversuche, sondern um die Erweiterung des politischen Feldes, das die unterschiedlichen Kämpfenden in die Lage versetzt, ihre jeweilige politische Praxis als gemeinsamen Kampf um ein Recht zu artikulieren.

Der Unterschied zur Lohnforderung besteht darin, dass Rechte zu fordern unter den gegenwärtigen Bedingungen kein Appell an den Staat ist, sondern die ständige Auseinandersetzung mit den jeweiligen Ausgangsbedingungen antirassistischer Kämpfe.

Das Ringen um Rechte erfordert in Momenten der Schwäche der Bewegung, in hartnäckiger Art und Weise strategisch und taktisch mit der Situation umzugehen und weniger die eigenen Kräfte daran aufzubielen, Gesetze zu akzeptieren oder nicht. Die Forderung nach einem »Lohn für Hausarbeit« wirkte damals organisierend und hatte den Effekt, die Kämpfe auszuweiten. Diese Chance gilt es auch heute mit der Gesellschaft für Legalisierung zu ergreifen.

Die jüngste Krise des Antirassismus geht mit defensiven politischen Formen von Selbstverteidigung gegen repressive Maßnahmen einher.



Recht auf Automatik

Die KanakInnen in Deutschland bestreiten längst das rot-grüne Einbürgerungsrecht. Von Miltiadis Oulios, kanak attack

Auch unter Rot-Grün bleibt das deutsche Einbürgerungsrecht ein rassistisches Dispositiv, das mehr Einbürgerungen verhindert, als es produziert. Aber während vor dem Regierungsantritt der rot-grünen Koalition der Zugang zum deutschen Pass eine zentrale antirassistische Forderung darstellte, herrscht mittlerweile ein auffälliges Schweigen im deutschen Wald.

Tatsache ist: Die meisten KanakInnen in Deutschland verweigern sich dem geforderten Amtsgang samt »Integrations«-Kontrollen, die immer noch an den Erwerb des deutschen Passes gekoppelt sind. Die Zahl der Einbürgerungen im vergangenen Jahr ist mittlerweile mit 150.000 nicht viel höher als vor dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes am 1. Januar 2000.

Trotzdem fabulierte die Integrationsbeauftragte Marie-Luise Beck im Sommer unwidersprochen von einer »Stabilisierung auf hohem Niveau«. Während die Zahlen sinken, spricht Beck von einem »positiven Trend«. Bei diesem Trend dürfte es bis zum Jahr 2023 dauern, ehe alle heute hier lebenden erwachsenen Einwanderer in Deutschland Bürgerrechte besitzen.

Die unausgesprochene Streikhaltung, die sich in den mauen Zahlen der Einbürgerungsstatistik ausdrückt, ist der geeignete Anknüpfungspunkt, die Frage nach dem Doppelpass neu zu stellen. Wir von kanak attack betonen, dass es bei der Legalisierungsoffensive nicht nur um Leute ohne Papiere geht. Es geht auch um die Bürgerrechte von acht Millionen Einwanderern in Deutschland, die ihnen gegenwärtig verwehrt werden.

Aus dieser Perspektive ist die Situation der Sans Papiers nur die drastischste der Entrechtungen, die das Migrationsregime produziert. Sie stellen eine rassistische Hierarchisierung her, welche die kapitalisti-

sche Verwertung der papierlosen Putzkraft und des entrechteten politischen Flüchtlings ermöglicht. Sie erleichtert auch den Ausschluss der Einwandererkids zweiter und dritter Generation von privilegierten Jobs – eine Reservarmee für schweißtreibende Arbeiten in Industrie und Imbissbuden.

Aber statt von Entrechtung ist derzeit viel von Integration die Rede, von individuellen Anforderungen an den Einzelnen. So werden für die Stagnation bei der Einbürgerung auch nicht die Zugangsbedingungen zu demokratischen Rechten verantwortlich gemacht, sondern etwa »mangelnde Sprachkenntnisse«, wie es der NRW-Innenminister Fritz Behrens kürzlich sagte.

Die Reform der rot-grünen Regierung wurde nach der Devise durchgeführt, dass Einbürgerung am »Ende eines Integrationsprozesses« steht. Das hat sich vor allem für die MigrantInnen der ersten Generation als Schlag ins Gesicht erwiesen. Sie finanzieren seit Jahrzehnten den Haushalt von Bund, Ländern und Kommunen. Und sie müssen sich heute immer noch einen Zeitungsartikel zum Vorlesen vorsezen lassen, wenn Sie das Wahlrecht wollen.

Deutschkenntnisse, die für 40 Jahre Arbeit in der deutschen Industrie gereicht haben, sollen nicht für den deutschen Pass reichen? Längst machen sich aber auch hier einige MigrantInnen die Vorschritt zu nutze, dass die Beamten bei älteren Leuten kulant sein dürfen. Dennoch, die meisten gehen nicht zur Behörde, und das sollte auch nicht nötig sein.

Weil das Zuwanderungsgesetz nicht in Kraft getreten ist, haben die Innenminister von Bund und Ländern auch längst angekündigte Erleichterungen gestoppt. Während die generelle Hinnahme von

Mehrstaatlichkeit weiter vereinfacht werden sollte, bleibt einiges Durcheinander bestehen.

Dank zwischenstaatlicher Verträge können seit Jahresanfang Italiener oder Franzosen den deutschen Pass erhalten, ohne ihren alten abgeben zu müssen. Bei Marokkanern, Iranern oder Griechen ging das schon vorher. Ebenso bei Asylberechtigten. Aber für die Hälfte der MigrantInnen bleibt der »Doppelpass« weiterhin verboten. Der Staat kann dennoch das Begehren nach dem Doppelpass längst nicht mehr aufhalten. Es gibt Tausende TürkInnen und KurdInnen, die finitenreich vorgehen und beide Pässe behalten.

Trotzdem gibt es kaum KanakInnen, die die geltenden Prozeduren nicht als Demütigung empfinden. Und die meisten sagen: »Ihr könnt uns mal!« Es gibt genug Leute aus der zweiten und dritten Generation, die den deutschen Pass locker bekommen würden, aber unter den herrschenden Bedingungen keine Lust dazu haben. Und es gibt genug, die für sich selbst bestimmen, ob sie sich deutsch fühlen und wie sehr. Und genug Leute finden, dass sie ohne »Kartoffeltest« eingebürgert werden müssten, einfach weil sie hier geboren sind und hier leben.

Während vor zehn Jahren noch die Hetze über arbeitslose »Ausländer« als »Sozial-schmarotzer« den Diskurs bestimmte, wird heute nicht darüber gesprochen, wer die Zeche der aktuellen Depression zahlt. Knapp 20 Prozent der Erwerbslosen im Land sind dem Status nach Ausländer, in Wahrheit aber entrechtete Inländer. Das Inländerprimat und die Einbürgerungspraxis sorgen dafür, dass es beim schwierigeren Zugang zum Arbeitsmarkt bleibt.

Denn nur wer nachweist, dass er oder sie »unverschuldet« öffentliche Mittel bezieht,

kann eingebürgert werden. Fragt man in einer beliebigen Meldebehörde nach, wer diese Klausel in Anspruch nimmt, erntet man Kopfschütteln. Wer lässt sich schon auf die Erniedrigung ein, mit seinen gesammelten Bewerbungsabsagen auf dem Amt zu erscheinen?

Es geht deshalb auch um die Legalisierung politischer Rechte. Das Recht auf Politik nehmen sich AsylbewerberInnen, die bewusst die Residenzpflicht missachten, um zu einem politischen Kongress zu fahren. Dieses Recht nehmen sich Einwanderer der x-ten Generation, die sich politisch in Almanyia artikulieren und organisieren. Jedes Mal, wenn wir unsere Stimme erheben, obwohl in unserer Aufenthaltserlaubnis nur drinsteht, dass wir hier arbeiten dürfen, bürgern wir uns automatisch ein.

Tatsächlich gibt es schon Verfahren der automatischen Einbürgerung, über die aber nicht gesprochen wird. Im vergangenen Jahrzehnt erhielten über eine Million Menschen in Deutschland als Aussiedler den deutschen Pass. Seit 1999 erwirbt dieser Personenkreis die deutsche Staatsangehörigkeit kraft Gesetz – es geht also, warum nicht für alle?

Während das deutsche Grundgesetz bei der »Einbürgerung von Deutschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit« jene meint, die im Ausland leben, meinen wir die in Deutschland Lebenden: acht Millionen KanakInnen ohne deutschen Pass. Statt dem Blutsrecht das Recht des Geburtsorts gegenüber zu stellen, fordern wir die Koppelung der vollen Bürgerrechte an den Wohnort, auch unabhängig von der Staatsbürgerschaft. Unser Ziel ist die Schöpfung von globalen und mobilen Rechten.

Statt von Entrechtung ist derzeit viel von Integration die Rede, von individuellen Anforderungen an den Einzelnen.



GESELLSCHAFT FÜR LEGALISIERUNG – WIR SIND UNTER EUCH on tour in Hamburg

Donnerstag: 27.11.03

ab 8h: gfl unterwegs. listen to

LIGNA FSK 93.0

12h: autokorso-lange reihe. endstation hinterconti/marktstras-se

21h: Echochamber: Le Show PA-

PERS ROYALE

und Digger Dance – DJ Ism@il – Microfone Mafia – reef liquid – Teamsport – Schwabingrad Ballet

ab 23h: Click: Erobique – L.A. Williams – Zoran Zupanic

alles am Nobistor 24- St. Pauli / Hamburg